Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,300.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 303. Mittwoch den 30. October 1878. 72. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Donnerstag den 31. October nur Vormittags bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten der sog. **großen Rathsstube** auf dem Rathhause bleibt dieselbe Freitag den 1. November d. J. geschlossen, wogegen die sämmtlichen übrigen Expeditionen in der gewöhnlichen Weise expedirt werden.

Leipzig, den 29. October 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Patriotische Beklemmungen in Griechenland.

‡‡ Athen, 20. October. Wieder hat Griechenland eine politische Krisis durchgemacht und zu der Gefahr, in der der gesammte Hellenismus schwebt, gesellte sich die Gefahr innerer Zersetzung.

Gleich in den ersten Sitzungen des Parlamentes gelangten die Mißhelligkeiten der Kammer und der Regierung zum Ausbruche. Nachdem der Finanzminister das Budget des Staatshaushaltes für 1879 vorgelegt hatte (welches diesmal ein für die griechischen Zustände ungewöhnliches Deficit von 5½ Millionen aufweist), erklärte er zugleich, daß das Deficit durch Anleihen gedeckt werden müsse und daß er für die noch immer und mehr denn je nothwendigen, außerordentlichen, militairischen Maßregeln einen weiteren Credit von 12 Mill. Drachmen verlange, welcher, auf das Kriegs- und Marine-Ministerium repartirt, zur Deckung der Kosten der Einberufung und Unterhaltung neuer Reserve-Abtheilungen dienen werde. Hierauf unterbreitete der **Kriegsminister** das schon seit langen Jahren ausgearbeitete und vervollständigte Wehrgesetz, demzufolge jeder Grieche vom 21. bis zum 40. Lebensjahre zum Militairdienste verpflichtet sei, und zwar 3 Jahre in der activen Armee, 6 Jahre in der Reserve und 10 Jahre in der Nationalgarde. Freiwillige können auch vom 18. Jahre an eingereiht werden. In der folgenden Sitzung erschien Minister Kumunduros. Seine gehaltvolle Rede, die von der Ueberzeugung der gewissenhaftesten Pflichterfüllung getragen war, bot der Kammer ein Bild der Vorgänge, die sich während der parlamentarischen Pause abgespielt haben. Nachdem er sein Bedauern über so manche Fehler der Anführer der Insurgenten in Thessalien ausgedrückt und die Folgen der Beschlüsse des Berliner Congresses beleuchtet hatte, sprach er von den Mitteln, welche die Regierung brauche, um der neu geschaffenen Sachlage gerecht zu werden. Die Situation sei viel kritischer als zuvor, obwohl neuerdings die Mächte Alles aufbieten, um sämmtliche Puncte des Vertrages zur Ausführung zu bringen. Er aber glaube, daß ohne eine militairische Action dennoch Nichts auszurichten sein werde, es sei denn, daß noch vor Ablauf dieses Jahres alle Schwierigkeiten auf die eine oder die andere Weise beseitigt sein werden. Die außerordentlichen Mittel, welche die Regierung von der Kammer verlange, dürften weitere 35 Millionen nicht übersteigen. Die active Armee müsse sogleich auf 18,000 Mann gebracht, die beiden jetzt eingeübten Classen von Reservisten entlassen und die beiden nächstfolgenden Classen einberufen werden, wodurch die Armee eine Gesammtstärke von etwa 55,000 Mann erreichen würde. Selbst in dem Falle der Erzielung eines friedlichen Uebereinkommens mit der Türkei werde der Umstand, daß in den Nachbarprovinzen in Folge der Repatriirung sich die muselmännische Bevölkerung so massenhaft angesammelt habe, militairische Vorkehrungen von griechischer Seite zur gebieterischen Nothwendigkeit machen.

Die Kammer folgte den Auseinandersetzungen des Ministers Kumunduros in getheilter Stimmung. Als jedoch der Minister des Aeußern, Delijannis, das Wort ergriff, um seine Mission und seine Thätigkeit in Berlin zu schildern, begann der Sturm in den Reihen der Opposition zu toben. Da Deligeorgis noch immer abwesend ist, gruppirte sich die Opposition um Trikoupis und Zaimis. Ersterer forderte in einer glänzenden Rede Rechenschaft von Delijannis, der von England eingeladen worden sei, den Gesammt-Hellenismus zu vertreten, jedoch nur über die griechisch-türkischen Nachbarprovinzen zu reden Gelegenheit genommen habe. Er nannte dieses Verhalten einen Verrath an der Nation und suchte durch Documente, die Delijannis, als auf den Congreß bezüglich, noch nicht veröffentlichen wollte, die Ungeschicklichkeit und das tactlose Auftreten des griechischen Delegirten dazuthun.

Fünf Tage währte unter unausgesetzten harten Anklagen gegen das Ministerium die Debatte über diese politische Frage. Trikoupis wollte, obschon er wohl weiß, daß er, sowie die ganze Opposition, außer Stande sei, eine neue Regierung zu bilden, ein Mißtrauensvotum der Kammer gegen das Cabinet provociren, bekämpfte die außerordentlichen Maßregeln und Mittel, die dasselbe verlangte, bestand auf Verwerfung der Credite, auf Auflösung der Reserve und auf Neubildung der Armee auf Grund eines neuen allgemeinen Wehrgesetzes. Die Debatte artete in so heftige Angriffe gegen das Cabinet und dessen Politik aus, daß Kumunduros die Cabinetsfrage stellte und sein Verbleiben von der Ertheilung eines Vertrauensvotums abhängig machte, welches denn auch der Deputirte J. Mavromichalis proponirte. Trikoupis dagegen widersetzte sich demselben und forderte die Kammer auf, zuerst über den vom Abgeordneten Rikaki vorgeschlagenen Antrag, welcher ebenfalls auf die Verwerfung der von der Regierung vorgeschlagenen militärischen Maßnahme hinzielte, abzustimmen.

Gestern nun sollte der Antrag Mavromichalis zur Abstimmung gelangen, als die Opposition die Aufschiebung der Cabinetsfrage beantragte. Dieser Antrag fiel mit 72 gegen 69 Stimmen, und bei der Abstimmung über die vom Ministerium beantragte Cabinetsfrage siegte dasselbe mit 69 gegen 63 Stimmen. Die Minister und drei Deputirte enthielten sich der Abstimmung. Sämmtliche oppositionelle Parteien in der Kammer hatten sich gegen das Cabinet vereinigt und diesem den Sieg schwer gemacht.

Nach der sowohl in- als außer der Kammer vorherrschenden Auffassung liegt die Schuld des im Interesse Griechenlands Versäumten keineswegs in der mangelhaften Vertretung auf dem Berliner Congresse, sondern in der mangelhaften militärischen Vorbereitung des Landes. Und diese Schuld trifft in gleicher Weise alle griechischen Regierungen, die es versäumt haben, Schritt für Schritt für die nationale Idee zu arbeiten, und bei Zeiten ein nationales Programm zu entwerfen und durchzuführen.

Der gestrige Sieg des Cabinets ist ein Pyrrhus-Sieg. Es läßt sich noch nicht bestimmen, wie es der Regierung ergehen wird, wenn erst die Frage der Gewährung der neuen Credite und außerordentlichen Maßregeln zur Abstimmung gelangt. Unter den Vorwürfen, die dem Minister des Aeußern gemacht wurden, gilt besonders die Anschuldigung als unhaltbar, daß Delijannis dafür verantwortlich sei, daß Lord Beaconsfield, der ursprünglich die Absicht hatte, alle Aspirationen Griechenlands zu unterstützen, plötzlich gegen dieselben Front gemacht habe. Wahr ist es, daß Beaconsfield für Reformen in den griechischen Provinzen in gleicher Weise wie für die slawischen Provinzen eintrat. Als aber Delijannis, welcher die Lösung der griechischen Frage von einem weniger platonischen Standpuncte betrachten mußte, Thessalien, Epirus und Kreta forderte, da mußte Beaconsfield, der als Beschützer der Integrität der Türkei eine solche Zerstückelung derselben nicht befürworten konnte, die griechischen Ansprüche bekämpfen, was er um so leichter that, als er den Vertrag vom 4. Juni betreffs der Cession der Insel Cypern in der Tasche hatte.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 29. October.

Durch verschiedene Blätter geht die Nachricht, daß als Folge des im Reichstage über das Socialistengesetz geschlossenen Compromisses daran gearbeitet werde, zwischen den drei positiven Parteien des Landes einen dauernden modus vivendi herzustellen. Die „bevorstehenden" Besprechungen von nationalliberalen Mitgliedern deutscher Kammern sollten dies Verfahren einleiten, zum Zwecke der Verständigungen über das Verhalten gegen andere Parteien, namentlich die beiden conservativen. Der „K. Z." wird in dieser Angelegenheit aus Berlin, 27. Oct., geschrieben:

Eine kürzlich erwähnte Mittheilung, wonach in dieser Woche eine Zusammenkunft nationalliberaler Reichstags- und Landtags-Abgeordneter so wie anderer Parteigenossen stattfinden sollte, war nicht richtig. Nur so viel läßt sich als möglicher Anlaß dieser Gerüchte anführen, daß von Seiten des national-liberalen Central-Wahlcomité, das bis auf Weiteres die Geschäfte der Partei leitet, während der bevorstehenden preußischen Landtagssession, wahrscheinlich gegen Ende derselben oder doch erst dann, wenn die im Reichstag zu verhandelnden wirthschaftlichen Fragen und die Vorschläge der Regierung dazu greifbarere Gestalt gewonnen haben, eine Vereinigung von Vertrauensmännern der Partei beabsichtigt wird. In welcher Form dies geschehen soll und ob nicht vor der Einberufung eines allgemeinen Parteitags vorbereitende Schritte in den einzelnen Provinzen Preußens nothwendig sind, dies und manches Andere harrt, wie wir hören, noch der näheren Erwägung, so daß in der nächsten Zeit an die angedeutete Versammlung nicht zu denken ist. Offenbar ist die Nachricht in Ergänzung dessen aufgetaucht, was die fortschrittlichen Organe von einem ähnlichen Vorhaben ihrer Parteifreunde melden. Neben diesem Plane eines allgemein deutschen fortschrittlichen Parteitags sieht es eigenthümlich aus, wenn ehemalige Mitglieder der Fortschritts-Fraction des Reichstags aus Bayern den Anlauf zu einer besonderen Parteibildung dort zunächst für die fränkischen Kreise nehmen. Es ist nicht recht klar, ob dabei blos die Firma gewechselt wird, nachdem die Verbindung mit den Berliner Fortschrittsführern die Fortschrittsmandate in Bayern auf ein einziges, im Wege des Compromisses mühsam erhaltenes (Günther, Nürnberg) vermindert hat, oder ob eben diese leidige Erfahrung die Einsicht und den Entschluß gezeitigt hat, daß der praktische süddeutsche Liberalismus sich mit den unausrottbaren Eigenthümlichkeiten des Berliner Fortschrittswesens auf die Dauer nicht verträgt und man sich auf die eigenen Füße stellen muß, um stehen zu bleiben.

Wir bemerken dabei, daß die sächsischen Mitglieder der Fortschrittspartei sich ganz auf den Standpunct der Berliner Fraction gestellt haben.

Zur Linderung des durch den Ausbruch des gelben Fiebers unter der deutschen Bevölkerung in den Südstaaten der amerikanischen Union hervorgerufenen Nothstandes hat Seine kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz des deutschen Reiches in Vertretung Seiner Majestät des Kaisers, wie der „R.- u. St.-Anz." meldet, mittels Ordre vom 16. d. M. einen Beitrag von 3000 Mark auf den Antrag des Auswärtigen Amtes zu bewilligen geruht. Der kaiserliche Gesandte in Washington ist von dieser Allerhöchsten Bewilligung auf telegraphischem Wege in Kenntniß gesetzt worden.

Die Commission zur Vorberathung eines Civilgesetzbuches für das deutsche Reich, welche am Anfange des Monats zu einer gemeinsamen Berathung im Reichsjustizamt zusammentrat, hat vor wenigen Tagen, nach Abhaltung von 13 Sitzungen, ihre Thätigkeit geschlossen. Die Arbeiten zur Vorbereitung des umfangreichen Gesetzes sind danach so gefördert worden, daß man jetzt die volle Ueberzeugung hegt, daß die einzelnen Theilentwürfe im Herbst 1879 vollendet sein werden. Die Commission besteht aus folgenden Herren: v. Pape, Präsident des Reichsoberhandelsgerichts, als Vorsitzender, Johow, preußischer Obertribunalsrath, v. Kübel, Vice-Präsident des württembergischen Obertribunals, Dr. Schmidt, bayerischer Obertribunalsrath, Dr. Gebhard, großherzogl. hessischer Ministerialrath, Planck, braunschweigischer Appellationsgerichtsrath, letztere fünf Herren fungiren als Redactoren und der preußische Appellationsgerichtsrath Neubauer als Schriftführer und Hülfsredactor. Ferner: v. Weber, Präsident des königl. sächsischen Ober-Appellationsgerichts, Derscheid, Reichs-Oberhandelsgerichtsrath, v. Windscheid, Geheimer Rath aus Leipzig, Dr. v. Roth aus München, Börner, königlich sächsischer Gerichtsrath, Kurlbaum II., preußischer Geheimer Oberjustizrath, Struckmann, preußischer Obergerichtsrath, Achilles, Stadtgerichtsrath in Berlin, Bogel, großherzoglich hessischer Hofgerichtsrath, und v. Liebe, braunschweigischer Kreisrichter. Die Herren Planck und Neubauer sind auf Grund ihrer Mitarbeiterschaft am Civilgesetzbuche zuvörderst nach Berlin übergesiedelt.

Außer den bereits von uns mitgetheilten Verboten veröffentlicht der Reichs- und Staats-Anzeiger jetzt täglich eine Reihe von Verboten socialdemokratischer Vereine (in Westfalen, Sachsen, Baden, Braunschweig ꝛc.) Ferner sind verboten worden: der „Mecklenburg-Pommerische Arbeitsfreund", das „Pfälzisch Badische Volksblatt" und „Most's Proletarier-Liederbuch". Die von den Socialisten gegründete „Associations-Buchdruckerei" zu Berlin zeigt den beabsichtigten öffentlichen Verkauf ihrer Druckerei an.

* * *

Aus Rom wird gemeldet: Die jetzt zur Thatsache gewordene Lösung der Ministerkrisis befriedigt die verschiedenen Fractionen der Linken durchaus nicht. Man erwartet daher lebhafte Redekämpfe, sobald am 18. November das Parlament wieder eröffnet wird. Der König hat heute eine kleine Reise durch Mittel-Italien angetreten. — Im Vatican beschäftigt man sich, wie es heißt, sehr lebhaft mit der Haltung der Centrumspartei im deutschen Parlament, deren Politik von allen einsichtigen Leuten verurtheilt wird. — Unter den hinterlassenen Papieren Pius' IX. haben sich eine Anzahl von deutschen Fürsten und Staatsmännern herrührender Vorschläge zur Lösung der kirchlichen Zwistigkeiten vorgefunden. — Der „Fanfulla" versichert, daß seit der Rückkehr des Barons Haymerle nach Rom die Beziehungen Italiens zu Oesterreich sehr herzlich seien und daß alle Mißverständnisse geschwunden seien. Graf Maffei verbleibt als Generalsecretair im Ministerium des Auswärtigen. — Minghetti hielt vor seinen Wählern in Legnano eine Rede, in welcher er auch die orientalische Frage berührte und hierbei hervorhob, das historische Gesetz dränge die Türkei nach Asien, die italienischen Traditionen verwiesen Oesterreich nach dem Orient. Italien habe zwar im Orient keine directen Interessen, müsse aber seinen Einfluß wahren. Die italienischen Bevollmächtigten auf dem Berliner Congresse hätten unmöglich Besseres leisten können. Man müsse einem befreundeten Nachbarstaate gegenüber Klugheit und loyale Mäßigung bekunden. Alle Nationen hätten irredente Parteien. Die Wünsche nach einer Grenzberichtigung seien legitim, aber nur besonnenen Völkern bösen sich opportune Gelegenheiten.

Bei den Wahlen zum schweizer Nationalrathe gewannen die ultramontane Rechte und das liberale Centrum einige Sitze, während die radicale Partei einige verlor. In Genf unterlagen die bisherigen der Regierung angehörigen Radicalen. Im Berner Jura siegten die Ultramontanen, ebenso theilweise in St. Gallen. In den übrigen Kantonen sind die Veränderungen weniger bedeutend.

Die Brücken zwischen Schir Ali und Ihrer Majestät der Kaiserin von Indien sind abgebrochen. Ein Telegramm aus Bombay meldet: Wie die „Times of India" im Gegensatz zu anderweitigen Mittheilungen von unterrichteter Seite aus Kohat erfahren haben will, soll die Antwort des Emirs an den Vicekönig einen herausfordernden Charakter tragen und in einem anmaßenden Tone abgefaßt sein. Die Folge konnte nicht ausbleiben. Der „Times" wird aus Darjeeling vom 27. c. telegraphirt, man erwarte, daß das amtliche Blatt in aller Kürze die Kriegsproclamation verkünden und die Gründe aufzählen werde, durch welche die Regierung zur Kriegserklärung bewogen sei. Von der Grenze sei die Nachricht vom Abfall der Lalpura-Rohmunds von dem Emir vor Afghanistan eingegangen, ebenso sei eine große Anzahl der von dem Emir nach Alimusjid einberufenen Grenzstämme wegen Mangels an Lebensmitteln wieder auseinandergegangen. Bei Hassan abdal werde demnächst ein Lager für 6000 Mann gebildet werden.

Ein vom Khedive erlassenes Decret ermächtigt den Finanzminister Wilson zu Verhandlungen wegen Aufnahme einer Anleihe von 8,500,000 Pfd. Sterl., welche durch die von der Familie des Khedive an den Staat abgetretenen Güter garantirt werden soll. Falls das Erträgniß der letzteren nicht zureicht, soll die Deckung des Restes aus den Gesammteinnahmen Egyptens erfolgen.

Neue Wirren im Orient.

Die große sich durch viele Jahrhunderte hindurchwindende Seeschlange, die orientalische Frage, taucht abermals, und zwar in ihrer fürchterlichsten Gestalt, aus den Fluthen des Bosporus herauf. Alle Schrecknisse des vergangenen russisch-türkischen Krieges treten, in der Besorgniß vor einer Wiederholung, der friedensbedürftigen Welt wiederum vor das Auge, und leider darf sich Niemand der Thatsache verschließen, daß auch England und Oesterreich in den Handel verwickelt werden könnten. Wahrhaftig, die Pole, zwischen denen sich die Axe der Orientfrage dreht, sind Tausende von Meilen von einander entfernt, und wenn die Sache nicht so ernst wäre, so dürfte man sagen: „Das Morgenland beginnt hinter Krakau und endet hinter Kabul auf den Zacken des Himalaya."

Hoffen wir! Noch hat der Weltfriede keine bestimmten Gefahren zu fürchten; noch ist es möglich, daß Kaiser Alexander stark genug ist, sich der pan-